

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, vorausschickend. Postbezug: Monatlich 10.- M. einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Westfalengebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Belgiens, Österreichs, Ungarns und Luxemburgs 20.- M. für das übrige Ausland 25.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die halbtägigen Raumvermietungen kosten 1.50 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Wörichplatz 15195-97, Expedition Wörichplatz 11753-54

Donnerstag, den 25. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Wörichplatz 11753-54

Frieden mit Amerika.

Unterzeichnung heute!

Berlin, 25. August. (TL.) Die Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, die zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, dem Außenminister Dr. Rosen, und dem Geschäftsträger der Vereinigten Staaten, Drexel, geführt werden, sind zum Abschluss gelangt. Die Unterzeichnung des Vertrages ist voraussichtlich am heutigen Donnerstag zu erwarten.

Washington, 24. August. (Reuter.) Präsident Harding hofft, daß die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Vertrages baldigst erfolgen wird. Er hält es für wünschenswert, daß der Deutsche Reichstag und der amerikanische Senat den Vertrag gleichzeitig beraten. ...

In einer amtlichen Erklärung des Weißen Hauses wird betont, daß der Vertrag nur ein vorläufiger Friedensvertrag ist, auf dessen Ratifikation ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde. ...

Die vorläufige Unterzeichnung des Vertrages ist ein verhältnismäßig kurzes Dokument.

Keine Opposition der Demokraten.

London, 25. August. (W.B.) Einer Reutermeldung aus Washington zufolge erklärte Staatssekretär Hughes gestern vor einer Vollversammlung des Senatsauschusses für auswärtige Angelegenheiten die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland. Die demokratischen Mitglieder des Ausschusses stellten eingehende Fragen. ...

Henderson über die irische Frage.

London, 25. August. (TL.) Die Ansicht der britischen Arbeiterpartei über die irische Frage wurde gestern von neuem von Arthur Henderson entwickelt. Er führte aus, daß das irische Parlament

Flamenschwindel.

Die Rechtspresse jubelt über eine Meldung des „Petit Parisien“, die Mitteilungen enthält über eine neulich vor sich gegangene vlamische Demonstration in Antwerpen. Es sollen dabei Rufe erschallt sein wie „Es leben die Deutschen!“, „Es lebe v. Bissling!“.

Gemach, verehrte „Deutsche Zeitung“! Nehmen wir vorerst einmal zu dem Günstigen an, du bist auf einen französischen Trick hereingefallen. Es ist nicht erst seit der Kriegszeit bekannt, daß in Belgien, im besonderen in den wallonischen Gebieten, einflußreiche Kreise auf eine völlige Französisierung Belgiens und eine systematische Unterdrückung der vlamischen Volksteile hinarbeiten. ...

Wenn wir aber als wahr unterstellen, daß die Rufe in Antwerpen wirklich aus vlamischem Munde erklingen sind, dann bleibt die „Deutsche Zeitung“ dennoch hereingefallen. Die vlamische Bewegung zerfällt mit Beginn der deutschen Besetzung in eine kleine aktivistische und eine große passivistische. Jener gehörten eigentlich überhaupt keine hervorragenden vlamischen Führer an, diese zählten sich sämtlich zu den Passivisten. ...

Es began deswegen unter v. Bissling eine künstliche Stimmungsmache und Unterstützung der Aktivisten. Man holte sie durch tausenderlei Vergünstigungen heran, man gründete sogar vlamische Genossenschaften, denen die deutsche Regierung aus belgischen Staatsmitteln Millionenbeträge zustießen ließ. ...

vielleicht nicht die Autorität haben mag, weniger anzunehmen, als die Forderung der Sinnfeiner nach einer Republik. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn Irland die Verantwortung auf sich nähme, das Regierungsangebot abzulehnen. Ein Krieg für die Grundprinzipien ist eine andere Sache als ein Kampf für irgendeine gewisse Form der Freiheit.

Späte Einsicht.

Paris, 24. August. (W.B.) Der „Temps“ erklärt, daß der Aufschub des Zusammentritts des Reichstages die finanzielle Lage des Reiches nicht erleichtere. Man dürfe die Voraussetzungen des Regnes nicht unbeachtet lassen und auch die Schwierigkeiten, denen sich der deutsche Staatsschatz gegenübersteht, nicht übersehen. ...

Der „Temps“ fordert ferner, daß man auf das Guthaben Deutschlands den Wert der deutschen Kolonien lege, denn Kolonialbesitz läßt Bergwerksbesitz gleich. Wenn man Frankreich den Wert der Saargruben anrechne, müsse man auch die Kolonien auf das Guthaben Deutschlands buchen. ...

Griechische Niederlage!

Paris, 25. August. (W.B.) Nach einer Hoyas-Meldung aus Konstantinopel bestätigt eine Nachricht aus kemalischer Quelle die griechische Schlappe. Nach einer fünfjährigen Schlacht waren die Griechen gezwungen, vor dem kemalistischen Widerstand zurückzuweichen. Die Schlacht hat am Ufer des Salaria stattgefunden. Die Griechen sollen sich in der Richtung Eskischedir zurückgezogen und beträchtliche Verluste erlitten haben.

hälter bewilligen, sie verlangten sogar die Sicherstellung eines so großen Kapitalbetrages auf einer neutralen Bank, daß sie daraus lebenslanglich ihr Gehalt beziehen könnten! Will die „Deutsche Zeitung“ wissen, ob diesen Wünschen auch Rechnung getragen worden ist? Sie möge sich auch erkundigen, welche Rolle die damalige Regierung im Winter 1917/18 in der Flamenfrage spielte, obwohl vorher der Reichstag sich gerade in dieser Angelegenheit ziemlich deutlich ausgesprochen hatte. ...

Eine der obersten Sünden des alten Regimes im besetzten Belgien war die mit allen Mitteln der Korruption erzeugte sogenannte „vlamische Bewegung“. Damit wurde die deutsche Arbeit für die Flamen in ihrer Gesamtheit, auch dort wo sie berechtigt war, in ein unanständiges Eroberungsmittel für die deutschen Stageschreiber umgewandelt. ...

Wenn der ehrlichen und berechtigten vlamischen Bewegung Sympathie entgegengebracht wird, und daß verdient sie durchaus, dann darf sie unter keinen Umständen mit der Bisslingens und Falkenhauenschen Aktivistenpolitik in Zusammenhang gebracht werden, die nichts weiter war als eine Methode, nach der heute die Franzosen im Saarrevier und am Rhein handeln.

Legationsrat Zimmer abgesetzt. Der deutsche Legationsrat Zimmer, der am Grabe des reichsdeutschen Staatsangehörigen Heinrich Hoff, der bei den Naruben in Auhig ums Leben gekommen war, eine Gedenkrede hielt, die in Prag stark verstimmt, hat einen Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Die deutsche Gesandtschaft hat wegen des Todes des reichsdeutschen Hoff an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Prag eine Verbalnote gerichtet, worauf der tschechische Außenminister sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen und mitgeteilt hat, daß die Erledigung des Falles nach den Regeln des Völkerrechtes stattfinden werde.

„Unbegreiflicher Waffenstillstand“

Auf dem Rummelplatz der Alldeutschen, Stadion genannt, ist gestern wieder einmal Geschichtsfälschung im großen betrieblen worden. Dolchstoß-ähnliche Legenden wurden von den Rednern in Masse kolportiert. Von republikanischer Seite ist viel zu lange der Fehler begangen worden, die groben und größten Geschichtslügen der Alldeutschen mit Maßelzucken durchzulassen, weil man sich auf das Gedächtnis der Bevölkerung verließ, die doch alles selber miterlebt hatte.

Es zeigt sich aber, daß nichts schneller verblaßt als die geschichtliche Erinnerung, besonders wenn eine bewußt auf Fälschung ausgehende Propaganda die Dinge absichtlich durcheinander wirft. Der Durchschnittsbürger verwechselt sehr bald, was früher und was später geschah. Er läßt sich heute überreden, daß die Revolution der Niederlage vorangegangen sei, oder daß im November 1918 der „Sieg zum Greifen nahe“ war, wobei es vollkommen seinem Gedächtnis entschwunden ist, daß die Oberste Heeresleitung am 1. Oktober den Krieg für endgültig verloren erklärte, die Revolution aber am 9. November ausbrach, oder daß Ende Oktober die „greifbare Nähe“ des Sieges dadurch illustriert wurde, daß unsere sämtlichen Bundesgenossen abgefallen waren und kapituliert hatten, und die deutsche Westarmee in den letzten Wochen 360 000 Gefangene nebst der Hälfte ihres Artilleriematerials verloren hatte.

Deshalb werden wir, wie das in letzter Zeit schon mehrfach geschehen ist, den geflüstert verbreiteten Geschichtslügen systematisch mit authentischem Material entgegenzutreten. Aus der gestrigen Lügenstut greifen wir heraus, daß der Generalmajor a. D. von der Goltz von einem „unbegreiflichen Waffenstillstand“ sprach. Das war zum mindesten sehr unvorsichtig. Denn Ludendorff war bei diesen Worten anwesend, und Hindenburg prangte als Ehrenprotector über der Veranstaltung. Beide hätten Herrn v. d. Goltz den „unbegreiflichen Waffenstillstand“ durch ihre eigenen Telegramme und Dokumente sehr begreiflich machen können. ...

Er und Graf v. d. Goltz hätten den Waffenstillstand weniger unbegreiflich gefunden, wenn er folgendes Telegramm des alldeutschen Herrn v. Versner vom Auswärtigen Amt an den Reichskanzler hätte:

Großes Hauptquartier, den 1. Oktober 1918.

General Ludendorff erkläre mir, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht warten. Er bitte Cure Eggellenz dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf aller schnellste Weise durchläufe.

Ich wies deutlich darauf hin, daß der Feind trotz aller Beschleunigung kaum vor Ablauf einer Woche antworten werde. Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sein müsse und bittet Cure Eggellenz, alle Hebel dafür in Bewegung zu setzen. Er glaube, daß zur Beschleunigung vielleicht die Note von der schweizerischen Regierung durch Junkspruch von Rauen an den Adressaten mit Schweizer Chiffre gegeben werden könne. gez. Versner.

Keineswegs unbegreiflich erscheint der Waffenstillstand auch demjenigen, der die Schilderung kennt, die Rittmeister Graf Hertling, der Sohn des Reichskanzlers auf Seite 183 seiner „Erinnerungen“ gibt:

Am anderen Tage (1. Oktober) besprach mein Vater vormittags mit dem Kaiser wiederum die Frage der Nachfolgerschaft im Kanzleramt; dieser konnte sich nicht für den Prinzen Max von Baden entschließen. Während der Unterredung betrat aus einmal Ludendorff unangemeldet das Zimmer und fragte sofort im Tone höchster Erregung: Ist die neue Regierung noch nicht gebildet? worauf der Kaiser ziemlich barsch erwiderte: „Ich kann doch nicht zaubern!“ Daraufhin Ludendorff: „Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.“ Der Kaiser: „Das hätten Sie mir vor vierzehn Tagen sagen sollen.“

Keineswegs unbegreiflich kann auch den Waffenstillstand finden, wer das folgende weitere Telegramm Hindenburgs an den neuen Reichskanzler Max von Baden kennt. Der neue Reichskanzler hatte dringend gewarnt, in so überstürzter und eindeutiger Form zu kapitulieren. Darauf telegraphierte Hindenburg am 3. Oktober:

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 28. September d. J. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgelegt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzugeben, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von Soldaten das Leben.

Dieses Telegramm ist übrigens auch von Interesse, weil von deutschnationaler Seite jetzt die Version verbreitet wird, Hindenburg habe zur Kapitulation gedrängt, weil die Armee durch die Revolution (am 1. Oktober) innerlich zerwühlt gewesen sei. Unter den zahlreichen Gründen, die Hindenburg für die Kapitulation anführt, findet sich gerade dieser nicht. Wenn er vorhanden gewesen wäre, würde Hindenburg doch sicherlich nicht versäumt haben, ihn geltend zu machen.

Der Reichskanzler Mag von Baden selber hat im Dezemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ 1918 ganz übereinstimmend mit dem Telegramm Hindenburgs den Verlauf der Dinge folgendermaßen dargestellt:

Keine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweifelungsakt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Liebereinstimmung mit den Grundgedanken des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundgedanken auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgab, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelaagerten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Der letzte Satz gibt die Brücke des Verständnisses für das weitere. Als Hindenburg und Ludendorff die katastrophalen Folgen ihrer kopflosen Kapitulation sahen, die sich zu einer moralischen Katastrophe an der Front und in der Heimat, zu einer wirklichen Frontzerstörung auszuwachsen, da wollten sie am 24. Oktober plötzlich wieder zurück. Sie erklärten, sich „geirrt“ zu haben. Angesichts des vollkommenen moralischen Zusammenbruchs, den sie selbst herbeigeführt hatten, war es dazu natürlich zu spät. Selbst die Alideutschen haben — zu Anfang wenigstens — diese Kapitulationspolitik der Obersten Heeresleitung, die jetzt plötzlich wieder gegen den „faulen Frieden“ in Heeresbefehlen losging, nicht gelten lassen. Am 18. November 1918 schrieb die deutsch-nationale „Post“:

Danach hat General Ludendorff am 1. Oktober d. J. unsere militärische Lage für verzweifelt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Nicht Tage darauf gestand er ein, sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt zu haben. Einen folgen-schwereren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.

Schließlich noch ein letztes Dokument zum „unbegreiflichen Waffenstillstand“. Als die deutschen Unterhändler an die Oberste Heeresleitung telegraphierten, ob sie zu den schweren Bedingungen der Feinde den Waffenstillstand abschließen sollten, da telegraphierte die Oberste Heeresleitung unter dem 10. November 1918 zurück, die deutschen Unterhändler sollten den Versuch machen, in einigen Punkten

Widerungen herbeizuführen. Das Telegramm schließt aber mit dem Satz:

Gelingt die Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.

Unterzeichnet ist das Telegramm von Hindenburg. Nach diesen Schriftstücken dürfte der „unbegreifliche Waffenstillstand“ nur allzu begreiflich sein. Der Kuriosität halber wollen wir erwähnen, daß angehts unserer fortgesetzten Veröffentlichungen der alideutsche Hinterfrontbarde Mag Beyer Hindenburg ansieht, er möchte der „Legende“, daß er und Ludendorff stürmisch den Waffenstillstand gefordert hätten „mit einem scharfen Wort ein Ende machen“.

Hindenburg wird Herrn Mag Beyer diesen Gefallen nicht tun können, wenn er sich nicht gleich Ludendorff auf das Gebiet der unverstörten Geschichtsfälschung begeben will.

Fortgesetzt neben uns Bericht über die Ausbreitungen nationalisierender Kommandos bei dem sogenannten Frontkämpfertag zu. So hat im Stadion ein Hügel, der von der Polizei als ein Oberlandmesser festgesetzt wurde, seinem Nachbar ins Gesicht geschlagen und zu Boden geworfen, weil er beim Gesang monarchischer Lieder den Kopf nicht entblößt hatte. Der am Boden liegende wurde dann von einer Schar Heidenjünglinge umringt, die mit „Tollkrameln“ und ähnlichem drohte. Nur durch das Einschreiten der Polizei konnte er befreit werden.

Auch am Zoologischen Garten kam es zu Exzessen, an denen die Polizei nicht unschuldig ist. Eine Gruppe wild gewordener Frontkämpfer sang in provozierender Weise nationale Lieder. „Heil dir im Siegerkranz“ usw. Hierauf stimmte eine Anzahl von Arbeitern die Arbeitermarxistens an. Die Polizei hatte nichts eiligeres zu tun, als in die Arbeiter hineinzureiten, während die nationalen Kommandos unbehelligt gelassen wurden.

Zu unserem gestrigen Bericht ist übrigens nachzutragen, daß auch Wilhelm aus Doorn telegraphiert hatte. Die „Frontkämpfer“ hielten sich durch die Sympathieumgebung des königlichen Deserteurs sehr geehrt.

Das Volk gegen den Kapp-Rebellen.

Zeit. 25. August. (W.Z.) General v. Lettow-Vorbeck, der zu einem Vortrag über die Kämpfe in Afrika hierher gekommen war, wurde beim Erscheinen in der Stadt von einer mehrere hundert Personen zählenden Volksmenge unter den Rufen: „Hinaus aus Zeitz! Massenmörder!“ und ähnlichen Rufen gezwungen, die Stadt mit dem Abendzuge wieder zu verlassen.

Lettow-Vorbeck war bekanntlich der Leiter des Kapp-Putschs in Mecklenburg. Wenn die Art von Kriegshelden ein wenig Taft befähigen, würden sie sich von selbst zurückhalten und nicht erst warten, bis das Volk ihnen spontan seine ganze — Achtung ins Gesicht schreit!

Der Examenszopf.

Demokratische Abgeordnete Sachsens haben wegen der Ernennung des Genossen Lohse zum Justizamtmanu durch den sächsischen Justizminister folgende Anfrage an die Reichsregierung eingebracht:

Noch besteht im Beamtentum die Erregung über die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Rüssel zum Amtshauptmann von Leipzig, und schon wird ein weiterer Fall besprochen, der ebenso wie jener die Beamten beunruhigt. Dem Vernehmen nach ist ein Kandidat einer Leipziger Justizbehörde zum Justizamtmanu ernannt und ins Justizministerium versetzt worden, der für dieses Amt erforderlichen Prüfungen nicht abgelegt hat. Durch diese Berufung werden viele Beamte, die allen Anforderungen dieses Amtes entsprechen, zurückgesetzt und in ihrer Berufsehre schwer getränkt. Ist der Reichsregierung dieser Vorgang bekannt und ist sie gewillt, ihn gützuheben?

Die sächsischen Demokraten lassen durch die Formulierung ihrer „Anfrage“ nur zu deutlich die Verlegenheit erkennen, ihrem Vorstoß gegen die sozialistische Regierung Sachsens ein einigermaßen stichhaltiges Fundament zu geben. Die Behauptung, im Beamtentum besähe über die Ernennung Rüssels

zum Amtshauptmann von Leipzig Erregung, ist ebenso allgemein gehalten wie unbeweisbar aufgestellt. Daß sich unter den höheren Beamten, den Geheimräten usw. eine gewisse Verärgerung bemerkbar macht, wollen wir schon gern glauben; die sächsische Beamtenschaft besteht aber — erfreulicherweise! — nicht nur aus „höheren“ Beamten. Weiter: Die Anfrager müssen selbst die Verlegenheitslosigkeit „dem Vernehmen nach“ gebrauchen und zeigen bei dieser Gelegenheit, was weit schlimmer ist, den echt deutschen Respekt vor dem Examen. Wie wäre es auch möglich, daß ein Beamter, der nicht die vorgezeichnete Anzahl von Prüfungen zurückgelegt hat, etwas Tüchtiges leisten könnte? So etwas kann ein Demokrat, der bekanntlich Wortkämpfer des gleichen Rechts für alle ist, nicht begreifen. Bisher marschierten in Examenzwang Deutschland und — China an der Spitze. Die sächsische Regierung kann sich große Verdienste erwerben, wenn sie diesen chinesischen Pöpel in Deutschland kräftig beschneidet.

Reichsfarben als „öffentliches Vergernis“.

In Großsals bei Magdeburg ist die schwarz-weiß-rote Fahnenweiche des rechtsbolschewistischen „Stahlhelm“ von republikanisch gesinnten Arbeitern gestört worden, wobei schwarz-weiß-rote Fahnen vernichtet wurden. Prompt zwei Tage darauf meldet die Staatsanwaltschaft, daß ein Beteiligter als „Rädelsführer“ verhaftet worden sei.

Vor vielen Wochen bereits teilten wir mit, daß in Dortmund ein Demonstrationzug der Emdener Parteigenossen, dem eine schwarz-rot-goldene und eine rote Fahne vorangehen wurde, von nationalisierenden Badegästen mit Hilfe von Soldaten der Küstenwehr-Abteilung in voller Uniform angefallen wurde, wobei gleichfalls eine der beiden Fahnen vernichtet, die andere nur mit Mühe gerettet wurde. Hier hört man nichts. Auf eine Anfrage bei den Emdener Parteigenossen nach dem Stand der Dinge, erhalten wir jetzt die Auskunft, daß die Staatsanwaltschaft Kurich allerdings auch hier einschreite. Aber nicht gegen die deutschvölkischen Landfriedensbrecher, sondern gegen unsere Genossen, weil sie als „Eigentümer und Juristhaufsteller“ der roten und schwarz-rot-goldenen Fahne öffentliches Vergernis erregt hätten!

Was sagt der Herr Justizminister Am Jahnhoff zu einem Staatsanwalt, der im Juristhaufstellen der Reichsfarben ein öffentliches Vergernis erblickt?!

Am Regieren verhindert!

Die Deutschnationalen Bayerns veranstalteten am gestrigen Namenstage des bayerischen Königs eine öffentliche Gedenkfeier, wobei sich ein Festredner prächtige Stillblüten leistete. Er bestritt der durch die Revolution geschaffenen republikanischen Verfassung jede rechtliche Geltung und erklärte, der bayerische König sei „durch die tatsächlichen Verhältnisse an der Ausübung seiner Regierung verhindert“. Diese Behinderung dauere noch fort, und man müsse darauf vertrauen, daß die Erkenntnis von den Vorzügen der monarchischen Staatsverfassung in immer weitere Kreise des deutschen Volkes dringe.

Der Bayernkönig teilt das Schicksal, an der Regierung „verhindert“ zu sein, mit seinem großmächtigen Vetter, dem ehemaligen Deutschen Kaiser Wilhelm II., der allerdings der zwangsweisen Verhinderung dadurch zuvorkam, daß er sich bei Nacht und Nebel nach Holland begab und sich seitdem darauf beschränkt, Glückwunschtelegramme nationalisierender Heimkehrer im Regierungsstil zu beantworten. Im Gegensatz zu dem bayerischen Festredner sind wir der Ansicht, daß das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit willens ist, seine Exponenten noch recht lange am Regieren zu verhindern.

Zum Programmkontroll. In dem neuen Entwurf zum Parteiprogramm, den wir in der Morgenausgabe veröffentlichten, ist bei den Forderungen für die Landwirtschaft ein sinnentstellender Fehler unterlaufen, der hier richtiggestellt werden muß. Im letzten Satz dieses Abschnittes muß es nicht heißen: „Anbahnung des Hypothekentwesens“, sondern „Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekentwesens“.

Kasimir Edschmids „Kean“.

Deutsches Theater.

Dumas, der außerhalb von Paris wohnte, hatte sich eines Abends verspätet. Er nahm die Gastfreundschaft des Schauspielers Mélingue in Anspruch. Was lag ihm diesen Schloß, da hörte man plötzlich aus dem Zimmer des Dichters ein wahnsinniges Getöse. Man eilte zu ihm und fand, daß er sein Schlafzimmer von Grund aus umräumte. Er mußte den Regisseur an jedem Orte und zu jeder Zeit machen. So spielte er mit massiven Möbelstücken ebenso leicht wie mit Verwicklungen aus dem Menschenleben. Balzac, der sich schwerfällig und gründlicher und genähter in die Menschen-schicksale vergab, beneidete Vater und Sohn Dumas und den Dichterschreiber Eugen Sue um diese Geschmeidigkeit und tändelnde Phantastik. Balzac war eifersüchtig auf das ungeheure Kolportage-talent dieser Herren. Sie schüttelten alles aus dem Aermel und durcheinander. Die Gewissensbisse blieben ihnen erspart. Die Weltgeschichte der Großen und Kleinen haben sie durchdrödet und durcheinandergerührt. Es war natürlich, daß die aufregenden und legendären Lebensdinge des Komödianten Kean der Feder Dumas' nicht entgingen. Es war genug für eine Paraderolle vorhanden. Hof, Hofenschenken, Betrüger, Schauspieler — und Akrobatenpaar, dazu noch Viebschesten mit Tänzerinnen und Gräfinnen. Ein tolles, rührendes Stück Theater wurde jahrzehntelang über die europäische Bühne geleuchtet. Barnay besitzt eine ganze Sammlung von Pfeifen, die er als Keanpieler zwischen den Zähnen gehalten hat. Provinznummern erwarben in der Bombenrolle den ersten Lorbeer.

Daß Kasimir Edschmid vorstehende, einen vertieften und feilsch geheimnisvoll vernieteten Kean nach dem alten Kolportagestück zu dichten, ist nicht verwunderlich. Da er die Menschen beim Zweifelsich nehmen möchte, gerät er eben auf die Kolportage, in seinen Novellen sammelt es eben von solchen eigentlich abgedruckten, durch lässige Sprache nur belasteten Kolportageumbilden. Er springt gern mit den Ereignissen, er dekoriert gern mit Ueppigkeit, was bei näherem Zusehen kindliches Märchen ist. Seine ganze Dichtung ist ein Stück Theater, das sich bald entblößt. Er entleert an tausend Stellen. Bei Dumas gibt es unendliche Massen der Spannung zu stellen. Nun zergrübelt er ein wenig diesen alten, allzu abgeschabten Komödiantenhalbgott Kean. Er macht aus ihm den genialen Bajazzo, dessen Viebschaften stets ein moralisches Exempel erscheinen. Er läßt Clowns, Konstabler, Boyer, Prinzen und Souffleure in einem philosophischen Expreßstil reden. Er plustert auf, was Gedanke scheint, ohne daß eine Dämpfung der Intrigen versucht wird. Dumas will nur Theater. Edschmid sucht noch den Sinn, der hinter der Theater steckt. Das alte Theater ist gewiß hoch. Das heißt zu uns herangezerrte Theater mit dem Unter- und Ueberflaum stopft nicht viel echten Ballast in die leeren Räume.

Albert Bassermann springt mächtig glühend mit seiner Rolle um. Der Kean, den er uns ausbeut, übertrifft Edschmids geistreiche Maskierung mit wirklichem Geist. Bassermann schillert als Liebesgenie, Revolutionär, Udelshasser, siegender Prolet und Sittensrichter. Er zeigt Akrobatenkunststücke. Er abelt, wo der kalte Viterat, der ihm die Worte zuwirft, zwischen den Stilen der Kolportage und höheren Dichtung herumtorkelt. Was diesen Schauspielers so modern macht, ist das beinahe Mikroskopische seiner Mittel.

Bassermann und Paul Graef entgegen dem Regisseur Gustav Hartung, der seine Darmstädter Keankünste nach Berlin gebracht hatte. Hartung schloß sich mit Eifer im Rechte, als er dieses Kallistenstück, das Edschmids Sprache abstrichlich versteinte, in eine bunte Farbenwelt, aber in eine feste Gestaltenswelt hineinzwang. Und trotzdem irrte er. Dem Regisseur wurde vielfach zum Verhängnis, daß er an eine ungewöhnliche Dichtung glaubte, während er die Bantheit der Kallisten nur aufzustellen hatte. Dabei versteht sich der Darmstädter Intendant, der als Golt Regie führte, viel besser auf die knallige Derbheit als auf die expressivistischen Regeln, zu deren Erfüllung er den Theatermaker und seine Schauspieler zwang.

Mag Hochdorf.

„Es raucht in den Schachtelohmen...“ Diese berühmte Ballade Scheffels vom Ichthyo-saurus hat diesem Tier der Vorzeit eine Popularität verschafft, wie keinem anderen vorhistorischen Wesen. Dazu kommt noch, daß diese Meeresreptilien sich wohlgerichtet in fast allen geologischen Sammlungen finden. Auf Grund dieses reichen Materials war es auch möglich, die Körperform des Ungeheuers bis in alle Einzelheiten zu erforschen, und so kann man ein sehr anschauliches Bild seiner Lebensweise gewinnen, wie es Dr. Alexander Sokolowsky in der „Umschau“ zeichnet. Die Ichthyo-saurer, die vor allem im Jura und der Kreide Europas und Amerikas vorkommen, waren Geschöpfe bis zu 10 Meter Länge, die ausschließlich im Meere lebten und sich in hohem Maße dem Wasser angepaßt hatten. Sie stammten von landbewohnenden Reptilien, waren aber durch die Umgestaltung ihrer Gliedmaßen zu Flossen unfähig geworden, sich auf dem Lande fortzubewegen. Sie brachten lebendige Junge zur Welt, wie auch heute in der Leibesöhle gefundenen Jungen nachgewiesen werden kann. Aber mit Hilfe der Röntgenstrahlendurchleuchtung hat man nachgewiesen, daß diese Reptile ihre Nachkommen auch austrafen. Ihre Riefer sind mit einer großen Zahl spitzer Zähne ausgerüstet, die auf die gefährliche Raubnatur der Wesen hinweisen. Sie nährten sich im allgemeinen von Tintenfischen und Fischen. In ihrer äußeren Erscheinung erinnern die Ichthyo-saurer an die delphinartigen Säugetiere. Doch ist diese Übereinstimmung nur auf die Anpassungsbedingungen des gleichen Lebensraumes zurückzuführen. Die Atmung geschah zweifelslos durch Lungen. Die Massenanhäufungen der fossilen Knochen, die sich bei uns z. B. in den Schieferbrüchen von Holzminnen und in anderen Orten Württembergs finden, lassen erkennen, daß diese Tiere sehr gefellig lebten und gleich den Walen sich zu größeren Heeren vereinigten.

Das schöne Riesengebirge. Der neue, mit vielen farbenprächtigen Lichtbildern ausgestattete Vortrag der Urania führt nach dem größten und schönsten der deutschen Mittelgebirge, das alle Vorzüge des lieblichen Madgebirges mit alpiner Größe vereinigt. Man braucht eben nicht gleich an den Großglockner oder die Jungfrau zu denken; aber wer einmal in die Schneegruben, in die Kessel des Kleinen oder Großen Teiches, in den Talabfluß des Elbgrundes oder in den Kupakessel von den höchsten Erhebungen geschaut hat, der wird ohne weiteres zugestehen, daß der Ausdruck seine Berechtigung hat.

Dazu besitzt das Riesengebirge eine Vergamtheit, in der es den Alpen ziemlich ähnlich gewesen sein muß. Während heute die Kommlinie eine sanft geschwungene Kontur zeigt, muß sie einst von vielen felsigen Zacken und Spizen unterbrochen gewesen sein; Reste von diesen sind der Mittagsstein, die Dreisteine, Pferdeshöpfe usw. Zahlreich sind die gewaltigen Trümmerstätten, die hierfür Zeugnis ablegen. Das Riesengebirge, ein ausgeprochenes Kettengebirge, das zumeist aus Urgestein besteht, erstreckt sich in ziemlich Ausdehnung von West nach Ost und fällt nach Norden steil ab. In der Eiszeit bildete es einen starken Wall, der dem weiteren Vordringen der gewaltigen Inlandseismassen Halt gebot. Für den Botaniker und Zoologen bilden die großen Hochmoore und zahlreichen Bäche und Teiche eine unerhöpliche Fundgrube. In wenigen Eisenbahnstunden ist von Berlin aus das herrliche Bergland erreichbar. Alte Städtchen mit charakteristischen Bauten, trohige gewaltige Burg-rinnen, versonnete Schlösser, Bäder mit berühmten Heilquellen liegen in den Tälern und auf den Vorbergen des Schieferlandes; kunstvolle Bergbahnen führen bis auf ziemlich hohe Höhen. Bequeme Wege erleichtern das Besteigen des Koppensplanes, führen durch die mit Laubwald bestehenden Talgründe und Schluchten; finstere Fichtenwälder steigen bis zu 1200 Meter Höhe. Belebt wird das abwechslungsreiche Bild durch Wildbäche mit großen schaurigen Klammabstürzen und rauschende Wasserfälle. In zahlreichen Gasthäusern, Bauden genannt, herrscht im Sommer lebhaftes Treiben. Aber auch der lonsonhaltende Winter mit seinen meterhohen Schneemassen lockt zahlreiche Besucher herbei; denn hier gibt es die schönsten Sportplätze für Skiläufer, Hörnerschiffenfahrten und dergl. — allerdings nur für solche, die über genügend Geld und Zeit verfügen.

Das alles wurde in Wort und Bild lebendig.

Die Große Volksober Berlin hat der Volksober zu dem bereits in Anzahl genommenen Ausbau des alten Kroll'schen Theaters ein verhältnißloses Darlehen von 2 Millionen Mark gegeben, wofür die Volksober zu den Darlehensbedingungen bei Avoll den Antileihernern der Großen Volksober feste Stammkapitalien mit bedeutender Ermäßigung überläßt.

Neu-Jahre Sturm. Am 28. August eröffnet „Der Sturm“, Vottdamer Str. 104 a, seine hundertste Kasse. In einer Gesamtschau werden Werke der Expressionistischen Kunst, Franz Marc, Chagall, Paul Klee, Kollidita, Campendonk, Arp, Schiele und jüngerer Künstler gezeigt.

Ein Alsterheim für Schriftsteller. Der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenschauspieler hat, wie der „Weltliche Arbeiter“ mitteilt, in Dal in Thüringen das dortige Kurhaus, zusammen fünf Gebäude mit 100 Zimmern und großem Garten, als Alsterheim erworben. Die ordentlichen Mitglieder des Verbandes erhalten für sich und ihre Familien kleine Wohnungen von 3 Zimmern und Küche kostenlos überlassen.

Um Erzbergers Steuerakten.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Erzbergersche Steuerakten werden, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, Anfang September vor der Ferienstrasskammer VI beim Landgericht I ein gerichtliches Nachspiel finden. Wie erinnerlich, war in zwei Artikeln der „Germania“ der Verdacht ausgesprochen worden, daß Geheimrat Falkenhahn vom Finanzamt Groß-Berlin in der Erzbergerschen Steuerangelegenheit dem früheren Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“ Dr. Bülck Alten aus dem Finanzamt in der Steuerfache Erzberger zugänglich gemacht habe, und es war ferner in der „Germania“ angedeutet worden, daß Geheimrat Falkenhahn und Dr. Bülck sich gegenseitig die Stichworte in der Steuerangelegenheit Erzberger zuwüssten. Geheimrat Falkenhahn hat nun gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Germania“ Strafantrag gestellt. In der Verhandlung, zu der als Hauptzeuge Dr. G. Bülck, der jetzige Chefredakteur der „Ostpreussischen Zeitung“, geladen ist, dürfte vermutlich die ganze Steuerangelegenheit Erzberger, besonders die Frage des Diebstahls der Steuerakten, erörtert werden.

Die preussische Wohlfahrtspflege.

Der Hauptausdruck des Preussischen Landtages setzte am Mittwoch die Beratung des Preussischen Wohlfahrtsauswahles fort. Zahlreiche neue, namentlich sozialdemokratische Anträge sind eingegangen. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, lehnten die Sozialversicherungsbestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion ab. — Minister Steinerwald bearbeitete manche der Anträge, wies aber auf die Deckungsfrage hin, und darauf, daß er noch nicht die Meinung des Staatsministeriums habe einholen können. — Ministerialdirektor Dr. Gottstein besprach die Tuberkulosefürsorge und Pockenimpfung. Die Impfscheine wies er auf ihre Verantwortung hin, und machte sie zahlenmäßig darauf aufmerksam, daß dort, wo die Pockenimpfungen zurzeit nicht regelmäßig durchgeführt werden können, wie in Oberschlesien und im Rheinland, der Herd der Pocken-erkrankungen und Pockentodesfälle liegt. — Das Verlangen nach Aufhebung der Rezentrierung der Präfektur wurde von sozialdemokratischer Seite namentlich mit den Vorgängen in dem Frauengefängnis in der Frobelsstraße zu Berlin begründet, wo die Mädchen

mehr gequält als behandelt

würden. — Bief Zeit beanspruchte eine persönliche Debatte zwischen Ministerialdirektor Dr. Gottstein und dem Abg. Dr. Bener (Soz.), der zugleich Referent im Wohlfahrtsministerium ist. Der Regierungsvertreter behauptete, Dr. Bener hätte das, was er in seinen Anträgen verlange, auch als Referent im Ministerium durchsetzen können. Der Angegriffene verteidigte sich damit, daß es sich um längst anerkannte Forderungen handele, deren Durchführung aber im Wege der bürokratischen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ressorts bisher unterblieben sei. So habe z. B. bereits der Vorgänger Gottsteins, Dr. Richter, die Bestellung von Gewerbesteuern verlangt. Das sei aber daran gescheitert, daß das Handelsministerium aus Kompetenzrücksichten sich gegen ihre Einführung in die Gewerbeaufsicht gewandt hätte. Ebenso ausführlich seien auch Verhandlungen über die Unterstellung der im öffentlichen Besitz befindlichen Bäder unter die Medizinabteilung des Wohlfahrtsministeriums gewesen. Um die Sache und seine beamtliche Tätigkeit zu fördern, habe er sich daher auf seine Abgeordneteneigenschaft besonnen. Um einen offenen Konflikt zwischen seinen Beamtenpflichten und seiner Parteimeinung zu vermeiden, habe er häufig im Parlament auf das Wort verzichtet. Im vorliegenden Falle aber bestehe ein solcher Konflikt nicht, da die Interessen des Ministeriums und die des Landtages konform seien. Sein Vorgehen habe erreicht, was Ministerialdirektor Gottstein so lange vergeblich erstrebt habe.

Abg. Krüger (Soz.) leitete scharfe Bemerkungen gegen Versuche ein, die Freiheit eines Abgeordneten zu beschränken, der in seinen Meinungen zudem das Ministerium in keiner Weise angegriffen habe, sondern die Arbeit des Ministeriums nur noch besten Kräfte habe fördern wollen. — Nebner erwiderte in den Angriffen Dr. Gottsteins ein Zeichen reaktionärer Gesinnung und stellt in Aussicht, daß seine Partei, was die Person Gottsteins anbetreffe, die Konsequenzen ziehen werde. — Minister Steinerwald betonte vermittelnd, daß Dr. Gottstein lediglich habe feststellen wollen, daß Dr. Bener sein Ziel auch im Ministerium selbst hätte erreichen können. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Hilfeschrei aus dem besetzten Gebiet.

Aus einem Ort, der an der Straße Landau-Bitsch liegt, sendet man uns folgenden Hilfeschrei:

Wie jeder Deutsche im unbesetzten Gebiet auch weiß, haben wir seit November 1918 französische Besatzungstruppen, und da möchten wir mal auf einen Rißstand aufmerksam machen, den die Leute im besetzten Gebiet durch die vielen Einquartierungen schwer empfinden. Zum Beispiel: Unser Ort liegt an der Straße Landau-Bitsch, sämtliche französische Truppen, die in den pfälzischen Garnisonen Landau, Ludwigshafen, Germersheim, Speier liegen, haben abwechselnd auf dem Bitscher großen Schießplatz Schieß- und Truppenübungen, und da haben wir beinahe von jedem Truppenteile Einquartierung, wir hatten bis jetzt schon einundfünfzig Formationen, einzelne Truppen 4 bis 6 Wochen, schon öfters über 500 Mann auf einmal. Was das bedeutet für einen Ort von kaum 2000 Einwohnern, und dazu noch arm, kann sich jeder vorstellen, denn es weiß jeder, bei Einquartierungen kostet es Heu, Stroh, und es geht viel zugrunde. An den Einquartierungen selbst ist ja wenig zu machen, aber wir meinen, da müßten die Herren von der Regierung und die Herren Abgeordneten eingreifen, daß die Leute nicht mehr nach dem Quartierleistungsgesetz von 1873 bezahlt werden, denn 9 Pf. für ein Pferd, 10 Pf. für einen Mann, 20 Pf. für einen Unteroffizier und 94 Pf. für einen Offizier stand für die heutige Zeit keine Bezahlung mehr. Es wird immer betont, daß dem besetzten Gebiet geholfen werden müsse und da könnte man sorgen, daß die Leute für ihre große Mühe und Last auch entsprechend bezahlt werden. Wir waren schon beim Bezirksamt, beim französischen Bezirksdelegierten, die sagten uns, das müsse die Reichsverwaltung besorgen. Durch unsere Feilen müßten wir die Herren Abgeordneten aufmerksam machen, daß die Sache geregelt wird, sind wir doch auch Deutsche, und wie uns geht es nach vielen Dörfern und Städten in der Pfalz.

Druckfehlerberichtigung. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen zählt nicht wie infolge eines Druckfehlers in unserer heutigen Morgenausgabe stand, 800.000, sondern 800.000 Mitglieder.

Bucloges Besetzung. Unter zahlreicher Beteiligung ist gestern nachmittag der verstorbenen Reichsgerichtsrat Bursage auf dem Südfriedhof zu Leipzig beerdigt worden. Zu der Beisetzung waren u. a. die Minister Brauns und Giesberts, v. Spahn, Reichstagspräsident Loebe sowie zahlreiche Mitglieder der Zentrumspartei, der der Verstorbene angehörte, und zahlreiche Angehörige des Reichsgerichts zu Leipzig und der politischen Parteien usw. erschienen. Im Namen der Zentrumspartei widmete Reichsminister Giesberts, im Namen des Deutschen Reichstages Präsident Loebe dem Verstorbenen herzliche Nachrufe.

Groß-Berlin

In Gala.

Frontkämpfertag! Vater will mal wieder Soldat spielen. In vollem wilhelminischen Ornat, den Helm mit Perleberger Stiefelwisch bearbeitet, erscheint er im Bureau einer hohen Behörde (solmo er der geschwätzten Republik sehr fragwürdige Dienste leistet, aber mit Vergnügen ihre Geider einstreicht), um sich den Kollegen und Vorgesetzten in angenehme Erinnerung zu bringen. Während des Krieges war er nämlich Feldwebellieutenant und wurde durch die Gnade des republikanischen Reichswehrministers, anscheinend auf Grund der Zugehörigkeit zum Bund der Aufrechten und dem Bundesnationalgesetz im Januar 1921 zum Oberleutnant befördert.

Beht es solchen Beamten denn überhaupt schlecht, die sich für derartige Spielereien teure Uniformstücke anschaffen und eine Bestallung mit 30 M. bezahlen können? Und wie wäre es mit einem Probejahr Monarchie für diese Herrschaften, damit sie wieder einmal das Strammstehen lernen, mit dem Mittelfinger an der Hosennaht.

Welch prählische Theaterherrlichkeit, wüßte man nicht genau, daß der ähäre Glanz nur der Dekoration für den leeren Magen bildet. Es steht nur noch in Frage, ob es grenzenlose Dummheit oder widerlästige Frechheit ist, daß ein im Dienste der Republik stehender Arbeitnehmer sich in den republikanischen Diensträumen wie ein wilhelminischer Pfau aufbläht. Verständlich wird es nur, wenn man in Betracht zieht, daß heute mehr Mut dazu gehört, sich als Angestellter der Republik zur Sozialdemokratie und zur neuen Staatsform zu bekennen, als wenn man mit deutschnationaler Großmütigkeit die „Judenregierung“ und die eigenen Ressortminister mit Dred bewirft.

Während die Beamten augenblicklich in schweren wirtschaftlichen Kämpfen stehen und gerade diese Helben den Mund nicht voll genug bekommen, sucht man sich in dem Tolmizanz jener Zeiten zu sonnen, die den Niedergang der Beamtenhaft herbeigeführt haben.

Dachstuhlbrand in den SW.

In den südlichen Elektrizitätswerken am Schiffbauerdamm brach heute vormittag gegen 11 Uhr ein größerer Dachstuhlbrand aus, der in kurzer Zeit um sich griff und die Räumlichkeiten des zweiten Stockwerks (hauptsächlich Verwaltungsräume) gefährdete. Die Feuerwehr traf sofort nach der Alarmierung an der Brandstelle ein und ging mit allen verfügbaren Kräften vor. Bei Schluß des Vortages dauerten die Löscharbeiten noch fort.

Begen eines Brandes in der Anilinfabrik Bohmühlenstraße 67 wurde die 2. Kompanie nach dort alarmiert. Es stand hier ebenfalls der Dachstuhl eines Fabrikgebäudes in Flammen. Die Arbeiter hatten schnell an Ausdehnung gewonnen, doch gelang es der Berliner Wehr, das Feuer auf den Dachstuhl zu beschränken und weitere Gefahren für die große Fabrik zu verhüten. Das Feuer wird auf die Brandstiftung eines 45 Jahre alten Angestellten Käsebiere zurückgeführt, der blutüberströmt nach einem Selbstmordversuch aufgefunden wurde. Käsebiere soll durch den Zusammenbruch der Weltkammer schwer geschädigt worden sein und die Brandstiftung in einem Anfall von Geistesumnachtung unternommen haben.

Das Verhör des Lustmörders.

Großmann eines weiteren Mordes fast überführt.

Die fortgesetzten weiteren Vernehmungen des wegen der Ermordung der Köchin Ritsche verhafteten Händlers Großmann lassen es fast gewiß erscheinen, daß der alte Wüstling auch der Mörder der anderen, zum Teil noch unbekanntes Frauen oder Mädchen ist, deren zerstückte Leichen an verschiedenen Stellen aufgefunden wurden. Des Mordes an der Frida Schubert ist Großmann bereits trotz seines Verwehrens so gut wie überführt.

Schwerwiegender sind die Ermittlungen, die die Beamten inzwischen angestellt und die besonders gestern sehr schweres Belastungsmaterial gegen ihn brachten. Das Ergebnis dieser Nachforschungen ist dem Mörder noch nicht bekannt. Gestern wurde er bis in den späten Abend hinein wegen des Mordes an der Ritsche eingehend protokolliert vernommen. Heute erst sollen ihm seine wegen der anderen Verbrechen gemachten Aussagen sowie die bisherigen für seine Täterschaft sprechenden Ermittlungen und Zeugenbezeugungen vorgehalten werden. Die Ermordung der Ritsche stellte er auch gestern abend wieder bei seiner protokollierten Vernehmung so dar, daß er bestohlen worden sei, worauf er blindlings auf das Mädchen eingeschlagen habe. Diese Darstellung Großmanns ist jedoch durch die Obduktion der Leiche widerlegt. Sie hat einwandfrei ergeben, daß es sich um einen Lustmord handelt, da Großmann kein Opfer nicht nur gefesselt, geteubelt und geschlagen, sondern auch sonst in der schändlichsten Weise zugerichtet hat.

Das Urteil im Prozeß Kiepert-Falkenberg.

Die gegen den Alttergutbesitzer Kiepert in Morienfelde und dessen Administrator Falkenberg vor dem Wuchergesicht des Landgerichts II geführte Verhandlung wegen Vergehens gegen die §§ 6 und 41 der Verordnung gegen Preistreiherei ist gestern durch Urteilsverkündung abgeschlossen worden. Das Gericht hat beide Angeklagte im Sinne der Anklage für schuldig erklärt, das Vergehen aber als sehr mild liegend angesehen. Falkenberg habe im übrigen alle seine Pflichten gegen die Allgemeinheit voll erfüllt; als er von Villenbesitzern und anderen Privatpersonen um Verkauf von kleineren Quantitäten Gerste und Hafer zur Viehfütterung bedrängt wurde und aus Gefälligkeit sich zur Abgabe der gewünschten Mengen bereitwillig machte, habe er Preise in Ansatz gebracht, die die behördlich festgesetzten zum Teil nicht unerheblich überstiegen. Es sei nicht ausschlaggebend, daß die Abnehmer diese Preise bereitwillig bezahlt haben, da sie anderswo noch mehr hätten bezahlen müssen. Der Angeklagte Kiepert habe nach Ansicht des Gerichts keine Aufsichtspflicht vernachlässigt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 2000 M. Geldstrafe und verbot die Einziehung der buchmäßig festgestellten Ueberpreise in Höhe von 23 114 M.

Siedlungsgelder.

Der Magistrat Berlin teilt mit: Die Verteilung der dem Siedlungskomitee der Stadt Berlin in diesem Baujahre überwiesenen Mittel zur Vergabe von Darlehen zur Schaffung neuer Wohnungen ist im wesentlichen beendet. Bei der Prüfung der eingegangenen Anträge haben sich bei diesen Bauprojekten große Beanstandungen in gesundheitlicher, technischer und wirtschaftlicher Beziehung ergeben, die vermieden werden wollen, wenn die Bauherren sich vorher sachverständigen Rat eingeholt hätten. Um für die kommende Bauzeit diesem Uebelstande abzuwehren, sind die Bauverwaltungen der Bezirksämter bereit, ihnen vorliegende Projekte daraufhin zu begutachten, ob technische Bedenken gegen ihre Verwirklichung bestehen. Es wird jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Prüfung die Bewilligung einer Baubehilfe keineswegs gesichert ist und daß insbesondere der Baubeginn vor Gewährung eines Darlehens auf eigene Gefahr des Bauherrn geschieht. Maßgebend für die Bewilligung ist neben der Güte des Projektes nur die Höhe der dem Siedlungskomitee überwiesenen Mittel.

Feuer in Wald und Flur.

Ein Moorbrand vor den Toren Berlins erregt Aufsehen in den östlichen Vororten. In dem südlich der Clausee Kaulsdorf-Nahsdorf gelegenen Moor entstand bereits am vergangenen Freitag ein Brand, dem wohl zunächst keine große Bedeutung beigemessen wurde. Man glaubte das Feuer schon erloschen, als gestern starke Naudenwindung darauf hindeutete, daß die Flammen neue Nahrung gefunden hätten. Der Brand hat sich inzwischen auf etwa einen Hektar Fläche ausgebreitet. Jetzt sind die Feuerwehren von Kaulsdorf, Nahsdorf und Biesdorf unterstützt von Schuppelassen, dabei durch Ausschleppen von Gräben dem Uebelstande einen Damm entgegenzusetzen.

Ein Waldbrand brach in der Staatsforst bei Köpenick im Tagen 304, nahe der Rabensteinmühle, aus. Nachdem er etwa 500 Quadratmeter Wald ergriffen hatte, löschte ihn die Feuerschutzbrigade.

Schneubrennde werden aus Wartenberg und vom Gut Lettow gemeldet. In beiden Stellen wurden reiche Getreidevorräte vernichtet, so daß bedeutender Schaden entstand. Die Brände sollen in Wartenberg durch Brandstiftung, auf Gut Lettow durch Spiel der Kinder entstanden sein.

Eine Art Arbeitlosen demonstration gab es heute vormittag vor dem Berliner Rathaus. Auf dem Bülowplatz sammelten sich einige hundert Arbeitslose, die dann nach dem Rathaus zogen. Eine Abteilung Schuppelassen, die herbeieilte, zerstreute die Demonstranten.

Auch in Lichtenberg wurde gestern abend von Arbeitslosen demonstriert. Sie drangen während der Bezirksverordnetenversammlung in den Sitzungssaal ein und erreichten, daß eine Deputation ihrer Vertreter das Wort erhielt. Die Sprecher der Arbeitslosen richteten heftige Angriffe gegen den Ernenneten der Lichtenberger Erwerbslosenfürsorge, den unabhängigen Stadtrat Kläwener. Man wendet, daß beschlossen wurde, die Forderung der Anerkennung der Erwerbslosenräte an eine Kommission zur Prüfung zu überweisen und die Forderung der Entfernung der Polizei aus der Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen. — Heute vormittag soll es auch vor dem Bureau der Lichtenberger Erwerbslosenfürsorge zu erregten Auftritten gekommen sein.

„Gott mit der Schupo.“ Zu unserer Notiz in Nr. 398 teilt ein Schuppelassunterwachmeister uns mit, daß bei den Schuppelassen nicht nur das alte Koppelschloß mit der Königskrone und der Inschrift „Gott mit uns“, sondern auch schon ein neues Koppelschloß mit dem ungekrönten Reichsadler und keiner Inchrift im Gebrauch ist. Ja, das stimmt, aber dadurch wird an der vor uns gemeldeten Tatsache, daß Berliner Schuppelassen am Koppel noch jenes alte Abzeichen aus monarchischer Zeit tragen, nicht das Geringste geändert. Der Einsender sagt, weil die Halbschloß der neuen Schloßer zu wünschen übrig läßt, komme es vor, daß die alten als „vorübergehende Kuschelste“ getragen werden. Wir finden, daß das ein bißchen oft „vorkommt“, wahrscheinlich öfter, als die Reparaturbedürftigkeit der neuen Schloßer es nötig macht.

Diebstahlüberfallen wieder ihr Unwesen. In der vergangenen Nacht sind kurz hintereinander zwei Personen von einem Räuber überfallen und ausgeplündert worden. Am Großen Weg wurde zuerst einer Dame aus der Lutherstraße die Handtasche entzogen, die einen Schein über 1500 M., 50 M. bares Geld und Papiere enthielt. Derselbe Räuber überfiel kurz darauf an der gleichen Stelle einen Kaufmann aus der Klosterstraße und raubte ihm die Brieftasche mit 200 M. — In der Nacht vorher ist ein Arbeiter aus der Kesselstraße, als er sich um 12 Uhr auf dem Heimwege befand, kurz vor seiner Wohnung von einer dreiköpfigen Räuberbande überfallen, seine Brieftasche und einer Frauensperion bestand, niedergeschlagen, seiner Brieftasche und seiner Uhr und Kette beraubt worden.

Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Vom 25. August 1921 ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen die Abchnitte 8 und 7 der 10. bis 70. Zentner-Kohlenarten freigegeben. Bevorzugt zu besetzen sind die bereits früher freigegebenen Abchnitte der Kohlen, Koks- und Sonderarten. Ab 1. Oktober d. J. verfallen die Abchnitte 1 und 3 der 5-Zentner-Kohlenarten und die Abchnitte 1 und 2 der 10. bis 70-Zentner-Kohlenarten. Gleichzeitig werden vom 25. August d. J. ab zur Verteilung auf Kohlenbezugsberechtigten für Dienbrand 1. für die im § 58 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 30. März 1921 genannten Verbraucher weitere 10 Proz., 2. für Kirchen, Kapellen und Synagogen weitere 10 Proz. der im Bezugschein festgesetzten Kohlenmenge freigegeben.

Kein Brot zu 6,55 Mark? Aber zu 9 Mark! Aus Rudow kommt der Kocher eines Familienvaters, eines Arbeiters, der mit seinem Lohn eine schwelbige Familie ernähren muß. Er schreibt uns, daß dort Anfang dieser Woche bei mehreren Päckern auf die geltende Karte kein Brot zu haben gemeien sei. Die Päckern hätten erklärt, daß der Magistrat ihnen das erforderliche Mehl nicht geliefert habe. (1) Brot für 9 M. habe man aber erhalten können. Wie soll ich da, fragt der Arbeiter, mit meinem Lohn auskommen? Ihn und allen, denen es ebenso ergangen ist, empfehlen wir schleunigste Anzeige beim Magistrat. Gegen etwaige Schwierigkeiten wird der Magistrat, wenn ihm durch Nennung der Adresse des Päckers und des Verkaufsbüro die Möglichkeit von Bestellungen gegeben wird, schüttselos einwirken.

Der diesjährige Winterfahrplan wird auf den deutschen Eisenbahnen nicht, wie sonst üblich, am 1. Oktober, sondern erst am Montag, den 24. Oktober, eingeführt werden. Die Gründe für die spätere Einführung des Winterfahrplans sind darin zu suchen, daß der Fahrplanwechsel auf den französischen Eisenbahnen auch erst an diesem Tage eintritt und die Fahrplanänderungen auf den beiden Bahnen gleichzeitig eingeführt werden müssen. Eine Einführung zum 1. Oktober kann nicht stattfinden, weil Frankreich zum 1. Oktober den Uebergang aus der Sommer- in die Winterzeit durchführt; das Zusammenfallen beider Termine auf den 1. Oktober würde zu Irrtümern führen können, die gerade im Eisenbahnverkehr die bedenklichsten Folgen haben könnten.

Der obersteleiche Film „Der Kampf um die Heimat“, hergestellt von der Lueler-Filmgesellschaft unter Mitwirkung namhafter Künstler, unter Beteiligung von mehr als 2000 obersteleichen Schauspielerinnen, wird am Sonntag, den 27. d. Mts., abends 7/8 Uhr in der Villaharmonie zum ersten Male der Öffentlichkeit vorgeführt werden, unmittelbar nach dem Konzert schweidischer Künstler zum Festen des Obersteleicher-Gilbnerwerk. Eintrittskarten (5 und 10 M.) zu dem Konzert bei Reichheim, in der Villaharmonie und in der Geschäftsstelle des Obersteleicher-Gilbnerwerk, Unter den Linden 78, Gartenhaus.

Zeugnis. Zeugen, die den Zusammenstoß zwischen „Laf“ und „Verjonenwagen“ in der Bernauer Straße am 15. d. M. abends gesehen haben, möchten sich melden, bezügl. die beiden Frauen, von denen die eine sagte: „der Chauffeur blutet ja so“ und darauf fortgingen. Adressen bitte an J. J. Wartenbergstraße, Lichtenberg.

Zeugnis. Die für Montag, den 29. August, anberaumte Gruppenkonzert wird auf Montag, den 5. September, abends 7 Uhr, in die Villaharmonie, Lindenstraße 8, verlegt. Die Abrechnung der Villaharmonie ist bis spätestens zu diesem Tage in unserer Geschäftsstelle vorzunehmen.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Helter, trocken und warm bei meist schwachen, östlichen Winden; zunehmende Bewölkung und Abkühlung, aber noch keine wesentlichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Kreis. Kreisdelegiertenversammlung heute abend pünktlich 7 Uhr im Restaurant „Lichtiges Zeit“, Breite Straße 14.

